

Die Kleinen leiden besonders

SYVICOL: Regierung soll Gemeinden finanziell unterstützen

LUXEMBURG Neben Personalangelegenheiten und einer Resolution gegen belgische Pläne an der luxemburgischen Grenze ein Atommüllendlager einzurichten, ging es bei der letzte Vorstandssitzung des Städte- und Gemeindebundes SYVICOL - wegen der Abstandsregeln wieder im Sitzungssaal des Rathauses der Hauptstadt - in erster Linie um die kommunalen Finanzlöcher nach der Corona-Krise.

Finanzen der kleinen Gemeinden bereiten Sorgen

Schon während der Vorstandssitzung am 11. Mai hatte SYVICOL-Präsident Emile Eicher die Lage als „ernst“ bezeichnet. -17,4 Prozent bei den staatlichen Zuwendungen (FGDC) und -24,8 Prozent bei den Erträgen der Gewerbesteuer bedeuten Mindereinnahmen von rund 420 Millionen Euro. „Das ist der Stand heute und niemand kann uns sagen, ob das so bleiben oder ob sich die Lage nicht noch verschlimmern wird“, so Eicher.

„Es sind vor allem die kleinen Gemeinden, die nicht wissen, wie sie mit dieser Situation umgehen sollen. Sie bereiten mir Sorgen. Und niemand weiß, ob im Herbst nicht eine zweite Corona-Welle droht“. Die Gemeinde könnte keinen Investitionsstopp vollziehen, da dies fatale Folgen für die lokalen und regionalen Unternehmen hätte. Der einzige Ausweg sei eine finanzielle Unterstützung durch den Staat. Eicher forderte zudem eine Anhebung der staatlichen Projektzuschüsse, diese unterliegen oft einer Deckelung, die in manchen Bereich nicht angehoben wurde (Maisons Reais). Immerhin habe das Innenministerium seine Zuschüsse von 35 auf 40 Prozent angehoben hat.

Kassensturz im Herbst

Bei den anschließenden Wortmeldungen sprachen sich sowohl SYVICOL-Vizepräsident Dan Biancalana (Düdelingen) als auch Vorstandsmitglied Georges Mischo (Esch/Alzette) für einen Kassensturz im Herbst aus. Es sei gegenwärtig noch nicht genau absehbar, wie sich die finanzielle Lage der Gemeinden entwickeln werde.

Bei den kleinen Gemeinden macht man sich indes Gedanken, wie Vorstandsmitglied Annie Nickels-Theis, Bürgermeisterin von Bourscheid, erklärte: „Für unsere Gemeinde ist es jedenfalls keine Lösung Kredite aufzunehmen, da wir nicht wissen, wie wir sie zurückzahlen. Durch das prognostizierte Minus bei den Einnahmen wird es ohnehin schwierig werden, die geplanten Projekte umzusetzen“. Ähnlich sieht Romain Osweiler, Bürgermeister von Rosport, die Lage. „Der Appell zu investieren ist schön und gut. Klar ist auch, dass der Staat in der Hinsicht die Unterstützung der Gemeinden braucht, um seine antizyklische Investitionspolitik fortführen zu können. Was aber, wenn die Gemeinden dies nicht können, da sie bereits jetzt keinen Spielraum mehr haben?“

Lydie Polfer, 1. Vizepräsidentin des SYVICOL, zog zunächst ein positives Zwischenfazit der bisherigen Corona-Lockerung. Investitionen der Gemeinden seien notwendig, da sie dem Neustart der Wirtschaft zugutekommen, andererseits bedeute dies aber weitere Kredite auf Gemeindeebene. Dies bedeute einen Spagat aus Investitionen und Mehrverschuldung.

Genehmigungsprozeduren nicht mehr tragbar

Die Hauptstadt-Bürgermeisterin sprach aber noch einen ganz anderen Punkt an. Sie wies darauf hin, dass die Genehmigungsprozeduren bei bestimmten Ministerien so komplex sind, dass sie die Wirtschaft, nicht nur auf dem Gebiet der Stadt Luxemburg, lähme. Das sei nicht mehr tragbar. Es sei an der Zeit, den Premierminister mit dieser Problematik zu befassen. SYVICOL-Präsident Eicher pflichtete Polfer bei und sprach sich dafür aus, dieses Anliegen und die Forderung nach einer finanziellen Unterstützung der Gemeinden durch den Staat dem Premierminister vorzutragen. Ein Treffen mit Xavier Bettel und verschiedenen Ministern hat für Eicher in der nächsten Zeit absoluten Vorrang.

Eicher wiederholte seine Überzeugung, dass die Investitionen der Gemeinde vorrangig zur Stärkung der lokalen und regionalen Unternehmen beitragen und so ein entscheidender Faktor bei der Krisenbewältigung und der Ankurbelung der Wirtschaft sind.